Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 77 | Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich an Postschalter abgeholt 6,60 Mk. durch die Boten 7,50, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht 7,50 Mk. | Halver Mittwoch, den 31. März. | Anzeigen: Für die einspaltige Petitzeile o. d. Raum 30 Pfg., auswärts 35 Pfg., Reklamezeile 1,25 Pfg., Teuerungszuschlag 20 Proz. bei Aufnahme in unseren sämtl. Lokalausgaben. Jede Rabattbewilligung wird hinfällig bei zwangsweiser Beitreibung der Gebühren. | 20. Jahrgang

Kabinettskrisen.

Die alte Regierung, die in der 3. Märzwoche wieder in Berlin eingezogen war, nachdem die Regierung der sogen. neuen Herren, der Militärputschisten, kaum eine Woche, die zweite Märzwoche, gedauert hatte, hatte doch nicht so leichtes Spiel, wie sie sie zu haben glaubte. Es galt eine Neubildung des Kabinetts, die durch die kategorische Forderung der Sozialisten hervorgerufen wurde, aber man suchte höheren Orts eine Umbildung zu bewerkstelligen und zwar so, daß die drei alten Koalitionen wieder nach wie vor die Macht in Händen behielten. Am Freitag war bereits die erste Sitzung der Nationalversammlung in Berlin wieder angesagt, mußte aber plötzlich wieder abgesagt werden, da in den Mittagsstunden das Kabinett Bauer plötzlich zurückgetreten war. Der Stein des Anstoßes, über den dieses Kabinett gestürzt war, war der Reichsjustizminister Schiffer, dessen Rücktritt die Sozialdemokratie verlangt hatte und zwar auf Veranlassung der Gewerkschaften. Schiffer steht bei den Sozialisten im Verdacht, mit den Putschisten getechtelmechtelt zu haben. Auf linksradikaler Seite sah man nur mit Groll die alte Koalitionsregierung wieder erstehen. Da hatte man eine reine Arbeiterregierung verlangt, zu der auch schließlich bürgerliche Arbeiter gehören durften. Vor allem aber bestand man im sozialistischen Lager auf dem Packt vom 20. März, auf Grund dessen die Gewerkschaften zur Einstellung des Generalstreiks bewogen wurden und dafür einen entscheidenden Einfluß bei der Neubildung der Reichsregierung erhalten sollten. Schließlich ist man aber doch zu einer Einigung gekommen, denn am Samstag wurde die neue Zusammensetzung des Reichskabinetts bekannt gegeben.

Das neue Reichskabinett.

Der Reichskanzler, der Mehrheitssozialist Herm. Müller, übernimmt gleichzeitig das Auswärtige Ministerium, das Innere und den Posten des Vizekanzlers übernimmt der Demokrat Koch, die Wirtschaft bleibt bei dem Sozialdemokraten Robert Schmidt, von dessen bisherigem Ministerium das Ernährungsministerium abgetrennt wird und an den bisherigen Unterstaatssekretär Hermes fällt, der dem Zentrum angehört. Das Postministerium behält Giesberts, während das Verkehrsministerium in die Hände des bisherigen Reichskanzlers Bauer mit der Maßgabe kommt, daß sein jetziger Inhaber Dr. Bell noch die Ueberführung der Eisenbahnen auf das Reich durchführt. Das Justizministerium wird mit dem Demokraten Blunck besetzt. Das Zentrum übernimmt das Ministerium der Finanzen und des Reichsschatzes mit Cuno und Wirth. Reichswehrminister wird der Demokrat Dr. Geßler, das Arbeitsministerium behält der Sozialdemokrat Schlicke. Der Sozialdemokrat Dr. David tritt auch in das neue Kabinett als Minister ohne Portefeuille ein. Das Wiederaufbauministerium fällt an einen Demokraten, dessen Name noch nicht feststeht.

Heute Nationalversammlung.

Das neue Kabinett wird sich am Montag der Nationalversammlung vorstellen. Der Reichskanzler wird seine programmatische Ausführung machen und sich über die Ereignisse der letzten Tage aussprechen.

Die Presse zur neuen Reichsregierung.

Die Berliner Blätter äußern sich zur Regierungsbildung. Die Deutsche Allgemeine Zeitung bezeichnet es als außenpolitisch wichtig, daß Hermann Müller Reichskanzler wurde, denn ihm verdanke man die Überzeugung im Auslande, daß am deutschen Wollen kein Zweifel berechtigt sei und deutsches Können von einer Politik, wie die bisherige, am ehesten zu erwarten sei. — Das Tageblatt fordert einen besonderen Minister des Äußern und spricht von einem Übergangsministerium auf der Basis der Koalition. — Die Voss. Ztg. nennt es ein gewendetes Kabinett Bauer. Nur für Erzberger und Noske seien ein paar Flicken eingesetzt. Das Kabinett Braun in Preußen bedeute allerdings einen Ruck nach links.

Das preußische Ministerium.

Die Verhandlungen der Mehrheitsparteien haben am Sonntagabend das Ergebnis gebracht, daß das preußische Staatsministerium wie folgt zusammengesetzt werden soll: Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister Braun, Minister des Innern Severing, Unterrichtsminister Haenisch, Finanzminister Lüdemann, Minister für öffentliche Arbeiten Oeser, Handel Fischbeck, Volkswirtschaft Stegerwald, Justiz Am Zehnhoff.

Aufruf der Reichsregierung an die Bevölkerung.

WTB. meldet: Die Reichsregierung hat an die Bevölkerung von Rheinland und Westfalen nachstehenden Aufruf gerichtet:

Der Anschlag der Reaktion ist zurückgewiesen. In gewaltigem Ansturm hat das deutsche Volk die Putschisten in Berlin und im Lande hinweggefegt. Jetzt müssen, wollen wir nicht ganz verelenden, Staat und Wirtschaft schnellstens wieder in den normalen Stand zurügeführt werden. Zu einem großen Teil ist dies erfolgt. Nur an einigen Stellen im Lande, so auch im Ruhrbecken, finden noch Kampfhandlungen von Arbeitertruppen statt, die sich gegen Teile der Reichswehr richten und die im Falle weiterer Entwicklung ernste Gefahren für unser Land bringen können. Diese Kampfhandlungen sind unberechtigt, da die Reaktion von rechts erledigt ist. Wir betonen mit aller Schärfe, daß gegen die verantwortlichen Putschisten mit der äußersten Strenge des Gesetzes vorgegangen werden wird. Die Truppen, die am Putsch beteiligt waren, werden aufgelöst. Die jetzt noch dort befindlichen Truppen und ihre Führer stehen auf dem Boden der republikanischen Verfassung und haben das Vertrauen der Regierung. Ein Kampf gegen diese Truppen ist daher nicht ein solcher zur Erhaltung der verfassungsmäßigen Freiheit, sondern ein Kampf gegen die staatliche Autorität. Um weiteres unnützes Blutvergießen zu verhindern und geordnete Zustände herbeizuführen, hat sich die Reichsregierung veranlaßt gesehen, zwei Minister zu entsenden, die an den Verhandlungen in Bielefeld mit Vertretern aller Parteien teilgenommen haben. Die Verhandlungen hatten im wesentliche folgendes Ergebnis: „Eintreten für die in Berlin mit den Gewerkschaften verhandelten Punkte, Bürgschaften für Bestrafung der am Kapp-Unternehmen Schuldigen, Durchführung von Maßnahmen, die eine Wiederkehr solcher Putsche verhindern und eine stärkere Einflußnahme der Arbeiterschaft auf die Regierung, Zusicherung einer Amnestie allen denjenigen, die sich für die republikanische Freiheit geschlagen haben, sofern sie ihre Waffen abgeben und die Arbeit wieder aufnehmen." Obwohl sofort vereinbart war, jede Kampfhandlung zu unterlassen, haben die Arbeitertruppen unter Bruch des Abkommens die regierungstreuen Reichswehrtruppen in Wesel angegriffen. Dieser schwere Vertragsbruch muß mit aller Schärfe verurteilt werden. Wenn die Arbeiterschaft jetzt nicht Vernunft annimmt und sich trennt von den umstürzlerischen Elementen, die ihre Sonderinteressen verfolgen, so muß die schwerste Gefahr für das Industriegebiet und damit für das ganze Vaterland heraufbeschworen werden. **Wir fordern alle besonnenen Arbeiter und sonstige dort im Kampfe stehenden Personen auf, sich nicht weiter mißbrauchen zu lassen, sondern unserem Rufe zu folgen, jede Kampfhandlung einzustellen, sofort zur Arbeit zurückzukehren und die Waffen ordnungsgemäß wieder abzuliefern.** Noch jetzt weiterkämpfende Arbeitertruppen schädigen Volk und Vaterland aufs schwerste und müssen deshalb, wenn nichts anderes hilft, mit militärischen Mitteln zur Ordnung zurückgebracht werden. Die Folgen haben sie sich selbst zuzuschreiben. Arbeiter und Bürger des Ruhrbezirks! Wir rufen Euch zur Besonnenheit. Kehrt zurück zur Arbeit, denn nur so schützt Ihr Freiheit und Ordnung.

Die Reichsregierung: Bauer.

Ich erkläre für die mir unterstellten Offiziere, daß wir fest zur verfassungsmäßigen Regierung stehen.

General Watter.

Die Entscheidung der Arbeiter-Armee.

Es soll weiter gekämpft werden.

Das „Ruhr-Echo" meldet: Im Anschluß an die Hagener Verhandlungen fuhren 3 Delegierte nach Mülheim zu den militärischen Leitern der roten Truppe. Nach mehrstündigen Beratungen kam folgendes Ergebnis zustande: Die militärischen Befehlshaber stehen auf dem Standpunkt, daß weiter gekämpft wird und daß nur die Waffen entscheiden werden. Wir kämpfen weiter und sind zu Verhandlungen bereit, während des Kampfes. Die Verhandlungen können sofort in Mülheim-Ruhr aufgenommen werden. Delegierte der Front können gemeinsam mit dem Zentralrat die Verhandlungen führen. Die Vertreter der Front verlangen über die Bielefelder Vereinbarungen hinaus die völlige Entwaffnung und Auflösung der Reichswehr und Errichtung einer Volkswehr aus Arbeitern, an die alle Waffen abzugeben sind. Sollten die bevorstehenden Verhandlungen ergebnislos bleiben, so wird der Generalstreik über ganz Deutschland aufs neue entbrennen.

Der Zentralrat an die Arbeiterschaft.

Der Zentralrat erklärt für die Arbeiterschaft des Industriegebiets Rheinland-Westfalens: Das Ziel des revolutionären Kampfes in seinem gegenwärtigen Stadium ist: Niederringung des Militarismus als eines der revolutionären Arbeiterbewegung feindlichen Systems, weil nur dadurch eine Sicherung der revolutionären Bewegung vor konterrevolutionären Ueberfällen und eine Sicherung der von der Aebeiterschaft erkämpften Machtposition gegeben ist. Diese Sicherungen sind: 1. Entwaffnung und Auflösung aller Truppen. 2. Bildung von Arbeiterwehren. 3. Verwahrung sämtlicher Waffen unter ständiger Kontrolle der Arbeiterräte. Der Umfang, in dem dieses Ziel erreicht wird, hängt ab von dem Willen und der Entschlossenheit der gesamten proletarischen Klasse im Reich. In Anbetracht der Tatsache, daß schon jetzt der Militarismus wieder in aller Stärke und Anmaßung zurückkehrt, daß die Berliner Regierung noch nicht eine einzige ihrer Versprechungen durchgefüht hat, ist der Zentralrat der Meinung, daß es eines erneuten Kampfes des deutschen Proletariats bedarf, um auch nur diese beschränkten Ziele zu erreichen. Der Zentralrat ist weiter der Meinung, daß die Arbeiterschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes ihre bisherigen Errungenschaften unter allen Umständen aufrechterhalten muß. Auch die Aufrechterhaltung dieser Rechte, die durch die Aktion der gesamten Arbeiterschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebiets errungen sind, hängt aber ab nicht von dem Mut und dem Eifer eines Teiles der Klasse, sondern von der Entschlossenheit der Gesamtheit der Arbeiterschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Der Zentralrat wird jeden Angriff auf diese Rechte, insbesondere jeden Truppenangriff auf Rheinland-Westfalen mit dem Appell an das gesamte Proletariat des Industriegebietes, d. h. mit der Aufforderung zum Generalstreik beantworten. Die Vollversammlung der Vollzugsräte des Industriegebietes Rheinland-Westfalen schließt sich dieser Erklärung des Zentralrates an und wird den Generalstreik, falls er notwendig werden sollte, mit aller Kraft durchführen.

Waffenstillstandsangebot an die Reichsregierung.

Der Zentralrat der Vollzugsräte für das rheinisch-westf. Industriegebiet in Essen hat am 27. 3., abends 9,45 Uhr, telephonisch der Reichsregierung ein Waffenstillstandsangebot unterbreitet. Unterstaatssekretär Albert nahm das Gespräch entgegen. Es wurde auf folgender Grundlage geführt: Der Zentralrat der Vollzugsräte und die Kampfleitung der roten Arbeitertruppen sind bereit und ermächtigt, unter beiderseitiger Kontrolle der Einhaltung sofort einen Waffenstillstand eintreten zu lassen, wenn die Regierung bereit ist, die Reichswehr zu gleichem zu verpflichten. Nachdem die vorläufige Waffenruhe eintritt, haben sofort Verhandlungen mit Vertretern der Regierung stattzufinden, die mit allen Vollmachten versehen, mit dem Zentralrat eine Grundlage zu schaffen haben, auf der die dauernde Einstellung des militärischen Kampfes möglich ist. Unterstaatssekretär Albert nahm das Angebot entgegen, erklärte, es an die dafür maßgebenden Instanzen weiter zu geben. Eine Gegenäußerung der Regierung liegt noch nicht vor.

Auf das vom Zentralrat der Vollzugsräte im Industriegebiet Rheinland-Westfalen der Reichsregierung Samstag abend 9,45 Uhr übermittelte Waffenstillstandsangebot ist bis Sonntag früh 10 Uhr noch keine Gegenäußerung erfolgt. Auf Anruf in der Reichskanzlei wurde mitgeteilt, es sei noch niemand der Herren erschienen. — Der im Reichswehrministerium neue Wehrminister Dr. Geßler gab auf Anfrage zur Antwort, er werde dem Reichskanzler Mitteilung machen. Eine Antwort auf das Angebot werde der Zentralrat wohl im Laufe des Tages erhalten.

Ultimatum der Reichsregierung.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Reichsregierung hat an die Rote Armee im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier folgende Forderung gestellt: Die Regierung hat durch die Bielefelder Verhandlungen versucht, ohne Anwendung von Gewalt die Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet wieder herzustellen. Der Versuch ist gescheitert: die Rote Armee hat sich nicht danach gerichtet. Die Angriffe auf Wesel sind mit größter Heftigkeit fortgesetzt worden, die Gefangenen wurden nicht freigelassen, die Abgabe der Waffen wird nicht durchgeführt. Die Verhältnisse haben sich im Gegenteil noch verschlechtert. Zahlreiche Notschreie aus allen Kreisen der Bevölkerung berichten über Verbrechen und Gewalttätigkeiten, die von der Roten Armee begangen werden. Das zwingt die Regierung zu energischem Handeln, um möglichst bald wieder geordnete Verhältnisse in diesem Gebiete herzustellen und die Bevölkerung vor Willkürakten zu schützen. Um aber allen Verführten nochmals Gelegenheit zu geben, zur Vernunft zurückzukehren, will die Regierung noch eine letzte Frist gewähren, ehe sie mit Waffengewalt einschreitet. Sie fordert daher bis zum 30. März, 12 Uhr mittags, eine ausreichende Sicherheit für den militärischen Befehlshaber des Wehrkreises 6, Generalleutnant v. Watter in Münster, für die Annahme folgender Bedingungen: 1. Uneingeschränkte Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsgewalt, 2. Wiedereinsetzung der staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsorgane, soweit sie nicht durch das Eintreten für die Kapp-Lüttwitz-Regierung belastet sind. 3. Sofortige Auflösung der Roten Armee. 4. Völlige Entwaffnung der gesamten Bevölkerung einschließlich der Einwohnerwehren, unter Aufsicht der rechtmäßigen staatlichen Organe. Die Art und die Zeit der Durchführung der Entwaffnung wird durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt näher bestimmt. 5. Sofortige Freigabe der Gefangenen. — Falls diese Bedingungen angenommen werden, wird die Reichsregierung von einem Angriff absehen. Andernfalls erhält der Inhaber der vollziehenden Gewalt Freiheit des Handelns zur völligen Wiederherstellung des gesetzmäßigen Zustandes.

Die Reichsregierung:

Der Reichskanzler: gez. Müller. Der Reichswehrminister: gez. Geßler.

Die Forderungen der U. S. P.

Die Unabhängige sozialdemokratische Partei hat gestern in Berlin in 30 Versammlungen durch Reden fast sämtlicher ihrer Führer programmatisch Stellung zu den wichtigen politischen Tagesfragen genommen. Der Inhalt dieser Reden läßt sich kurz folgendermaßen zusammenfassen: Die Unabhängigen wünschen in ein rein sozialistisches Kabinett einzutreten, in dem sie die Führung haben. Die Rätediktatur wird zur Zeit nicht als Programmpunkt aufgestellt. Sie fordern die sofortige Zurückziehung der Truppen aus dem Ruhrrevier. Verhandlungen darüber waren am Sonnabend und Sonntag zwischen dem Reichswehrminister Geßler und General v. Seeckt einerseits und einer Anzahl Gewerkschaftsvertreter andererseits im Gange. Gefordert wurde, daß durch Vertreter der Regierung und der U. S. P. D. im Ruhrgebiet selbst sofort der Abmarsch der Truppen veranlaßt werde. Falls diese Forderung nicht erfüllt würde, würde die Rote Armee nicht nur weiter kämpfen, sondern, wenn sie unterliegen sollte, die Werke mit Dynamit zerstören. Organisierte Sprengtruppen der Arbeiter seien zu diesem Zwecke bereits gestellt.

Parlamentarier aus dem Ruhrgebiet nach Berlin.

Zwecks Verhandlung und Beendigung des Konflikts im Industriegebiete ist am Samstag eine parlamentarische Kommission nach Berlin gefahren. Der Kommission gehören an Abg. Osterroth (M. S.) und Abg. Braß (U. S. P.).

An der Front vor Wesel.

Der Sonderberichterstatter der Köln. Ztg., der an der Front der Arbeiter-Armee vor Wesel weilte, veröffentlicht interessante Bilder von seiner Fahrt von Duisburg ins Kampfgelände. Wir entnehmen dem Berichte folgende Einzelheiten: Der Rathausplatz in Duisburg gleicht einem Heerlager. Auto steht bei Auto, und das Rathaus ist der Sitz der Nachrichtenstellen für die Arbeiterarmee. Einer der Autolastwagen, der, nebst seinem Anhänger, vollgepfropft ist mit Rotgardisten, nimmt uns auf, um uns über Meiderich, Hamborn und Dinslaken nach Friedrichfeld an die Front zu bringen. So kommen wir nach Hamborn, der so schwer mitgenommenen Arbeiterstadt. Hinter Hamborn werden die zur Front fahrenden Rotgardisten, ganz Kampfeslust in Erinnerung wie Erwartung. Die Gefechtsschilderungen lösen einander ab, wobei alles, was Reichswehr heiß, „Noske" ist, alles, was zur Roten Armee gehört, „Jonges" heißt. „Da lag Noske, da lagen die Jonges, und die haben ihn rausgekriegt. Da sind noch die Gräben von Noske, da in den Barackenbauten hatten sie sich eingenistet. Im Waldschlößchen zu Walsum wird Gewehrmunition verteilt, ganze Kisten kommen in die Wagen. Auch ein paar Krankenschwestern werden hinaufgehoben.

Dinslaken ist erste Verwundetenetappe, die Krankenhäuser sind gefüllt, von den Gefallenen findet mancher hier sein Grab, doch begegnen uns auch mehrere Wagen mit Leichen, die in Duisburg auf einen Ehrenfriedhof der Freiheitskämpfer beigesetzt werden sollen. An den Straßen lagern vielfach Trupps von Rotgardisten, die aus dem Graben heimkehren. Unentwegt rattern von Duisburg her die vollgedrängten Lastautos mit neuen Revolutionstruppen der Roten

Befehle von keiner anderen Seite als der verfassungsmäßigen Regierung entgegenzunehmen haben. Die Organisation wird insofern auf neue Grundlagen gestellt, als beabsichtigt wird, durch persönliche Berührung zwischen der Zentrale und der Provinz für weitgehende Aufklärung unter den Beamten zu sorgen.

✣ **Schleswig-Holsteins Selbständigkeit.** Die preußische Regierung legt Wert darauf, zu erklären, daß die Schleswig-Holstein wie allen anderen Landesteilen gegebene Zusicherung einer möglichst weitgehenden Selbständigkeit in provinzialen wie Gemeindeangelegenheiten, ungeachtet der inzwischen geschehenen gegenrevolutionären Ereignisse, uneingeschränkt weiter als bindend betrachtet wird. Die Zusage an Schleswig-Holstein soll alsbald eingelöst werden.

✣ **Polnische Übergriffe.** Amtlich wird mitgeteilt, daß die deutsche Delegation, die in Warschau über den Verkehr mit Ostpreußen durch den polnischen Korridor verhandeln sollte, ohne Ergebnis zurückgekehrt ist. Die deutsche Regierung hält unbedingt daran fest, daß der volle uneingeschränkte Durchgangsverkehr nach Ostpreußen, wie er im Friedensvertrage zugesichert ist, die einzig mögliche Grundlage für Verhandlungen sein kann. Die polnische Regierung hat diesen Standpunkt ausdrücklich abgelehnt. Sie hat außerdem die deutschen innerpolitischen Verhältnisse der letzten Tage zum Anlaß genommen, der deutschen Delegation die bis dahin gewährte Kurierverbindung zu verweigern. Bei dieser Sachlage war ein weiteres Verbleiben der Delegation in Warschau zwecklos.

✣ **Festnahme lästiger Ausländer.** In Berlin hat in großem Umfange eine Festnahme von Ausländern stattgefunden, die sich legitimationslos und unangemeldet in Berlin und dessen Vororten aufhalten. Bei dieser Maßnahme handelt es sich darum, die Reichshauptstadt von Elementen zu befreien, die sich strafbarer Handlungen schuldig gemacht haben oder solcher dringend verdächtig sind. Insbesondere kommt es darauf an, solche Ausländer zu erfassen, die auf dem Gebiete des Schieber- und Wuchertums Berlin und dem Reiche großen Schaden zufügen. Auch gegen Ausländer, die an bolschewistischen Umtrieben beteiligt sind, wird hierbei vorgegangen. Es sind bereits eine größere Anzahl von Festnahmen erfolgt, die sich auf alle Schichten der ausländischen Bevölkerung, ohne Unterschied der Religion und des politischen Bekenntnisses, erstrecken. Über die Zahl der Verhaftungen und die einzelnen Persönlichkeiten können vorläufig noch keine genauen Angaben gemacht werden, jedoch ist die Zahl im Vergleich zu der großen Menge von Ausländern, die sich in Berlin aufhalten, verhältnismäßig gering.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Nach Mitteilung der französischen Regierung hat Cuba den Friedensvertrag von Versailles ratifiziert.

Berlin. Der bisherige Staatskommissar für öffentliche Ordnung, v. Berger, ist zum preußischen Gesandten in Dresden ernannt worden.

Allenstein. Die Interalliierte Kommission hat den Oberbürgermeister Zülich und den stellvertretenden Kommandeur der Sicherheitspolizei, Major Oldenburg, wegen Ungehorsams vom Amt suspendiert und ausgewiesen.

Brüssel. Der belgische Schiffahrtsrat nahm eine Entschließung an, in der Schadenersatz für die von Deutschland vernichteten belgischen Schiffe, und zwar Tonne für Tonne, verlangt wird. Außerdem verlangt Belgien eine Entschädigung für die Schiffe, die es während der deutschen Besetzung nicht hat bauen können.

Konstantinopel. Das Kabinett Sali Pascha ist zurückgetreten. Damad Ferid Pascha wurde mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 31. März.

□ **Die Einstellung der Portoablösung nur vorläufig.** Das Portoablösungsverfahren wird am 1. April eingestellt; dafür werden Dienstmarken eingeführt. Die Einstellung des bisherigen Verfahrens ist aber nur vorläufig. Der Justizminister hat angeordnet, von den bisherigen Portoablösungsstempeln den Vermerk „Fr. d. Abl. Nr. 21" zu entfernen und die Stempel weiter zu benutzen. Die Stempel, die aber hierzu nötig sind, sind vorläufig aufzubewahren, damit sie bei einer etwaigen Wiederaufnahme des alten Verfahrens wieder benutzt werden können. Die neuen Dienstmarken werden nur für die Sendungen nach Orten im Deutschen Reiche verwendet, auf denen bisher der Portoablösungsvermerk anzubringen war. Sendungen nach dem Auslande werden wie bisher mit den gewöhnlichen Postwertzeichen freigemacht.

□ **Stadtkinder aufs Land, eine dauernde Einrichtung.** Die Aufnahme von Kindern der städtischen und Industriebevölkerung in ländlichen Familien soll auch in diesem Jahre trotz aller Schwierigkeiten durchgeführt werden. Das Reichsgesundheitsamt sieht die Einrichtung auch für die Zukunft als ein unentbehrliches und in seiner Art unersetzliches Mittel zur Hebung der Volksgesundheit an. Die Zahl der notleidenden Kinder wird auf 100000 geschätzt. Für die Unterbringung sind in diesem Jahre neue Richtlinien aufgestellt worden. Nach wie vor liegt die Leitung in den Stadt- und Landkreisen. Jugendämter oder Wohlfahrtsämter kommen in erster Linie dafür in Betracht. Preußische Landeszentrale und Reichszentrale bleibt der Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder" in Berlin. Die Aufklärung der Landbevölkerung soll in der Hauptsache durch Werbeversammlungen und persönliche Tätigkeit erfolgen.

—* **Ein neues D-Zugpaar** wird, vorausgesetzt, daß sich bis dahin die Verhältnisse im Industriegebiet gebessert haben, vom 5. April ab zwischen Basel—Amsterdam eingelegt. Der Hinzug nach Basel fährt ab Frankfurt a. M. 12 Uhr nachts und nimmt hier den Anschluß von dem D-Zug 82, ab Hagen über Siegen—Gießen 5,50 Uhr nachmittags, an Frankfurt 11,27 Uhr abends. Der Gegenzug trifft um 7 Uhr morgens aus Richtung Basel in Frankfurt ein und vermittelt hier den Anschluß an den D-Zug 81 nach Gießen—Siegen—Hagen, ab Frankfurt 7,20 Uhr morgens.

—* Die seit 1. Oktober 1919 für den inneren deutschen Verkehr zugelassenen nichtamtlichen, d. h. im Privatwege hergestellten Postkarten in der Größe der Paketkarten (15,7 zu 10,7 Zentimeter) werden häufig in das Ausland verschickt. Da nach den Bestimmungen des Weltpostvertrages Postkarten im Auslandsverkehr die Abmessungen von 14 : 9 nicht überschreiten dürfen, werden die größeren Karten von einigen Ländern als Briefe angesehen und mit der entsprechenden Nachschußgebühr belegt. Bis zur Regelung der Frage durch den nächsten Weltpostkongreß wird zur Vermeidung von Nachteilen empfohlen, nach dem Auslande nur Karten in der Größe der amtlichen Postkarten zu verschicken.

—* **Zur Entrichtung der Einkommensteuer.** In dem am 1. April beginnenden neuen Rechnungsjahre ist die Einkommensteuer zunächst wie bisher ratenweise und zwar mit dem in den ersten fünfzehn Tagen der Monate Mai, August, November und Februar jeweils fälligen Betrag durch die Steuerpflichtigen selbst zu entrichten. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Steuerentrichtung durch Lohn- und Gehaltsabzug, die im wesentlichen unverändert nach dem Regierungsentwurf zur Annahme gelangt sind, können einstweilen noch nicht in Kraft gesetzt werden, da die Herstellung der für die Durchführung des Verfahrens erforderlichen Steuerkarten und Steuermarken noch geraume Zeit in Anspruch nimmt. Die Einkommensteuer ist im kommenden Rechnungsjahr auf Grund des für das Rechnungsjahr 1919 festgestellten Einkommens, aber nach den Steuersätzen und den sonstigen Bestimmungen des am 11. März endgültig verabschiedeten Einkommensteuergesetzes zu zahlen. Der Steuerpflichtige hat, wenn ihm ein vorläufiger oder endgültiger Steuerbescheid nicht zugegangen ist, zu den gesetzlichen Zahlungszeiten Teilzahlungen nach der ihm für das vorausgegangene Rechnungsjahr angesetzten Einkommensteuer vorläufig weiterzuleisten.

—* **Ahnungslose Leute.** Wer keine Zeitung liest, kann leicht zu großem Schaden kommen; das beweist wieder ein Vorfall, der sich dieser Tage in Hollenstedt (Kr. Einbeck) zugetragen hat. Es ist schon vielfach in der Zeitung bekannt gegeben worden, daß das Silbergeld mit hohen Preisen bezahlt wird. Davon hatte aber eine Frau in Hollenstedt keine Ahnung. Zu ihr kam ein Beamter, um eine Schuld von etwa 10 Mk. einzuziehen. Die Frau konnte nicht in Papiergeld bezahlen. Eilig lief sie deshalb in die Kammer, zog ihren großen Silberbeutel heraus und bezahlte die 11,40 Mk mit zwei Fünfmarkstücken in Silber und 1,40 Mk. in Kleingeld. Der junge Beamte freute sich riesig, er hatte in einer Minute einen baren Verdienst von über 80 Mark.

+ **Halver,** 31. März. Gestern Mittag 12½ Uhr ertönten die Alarmsignale der hiesigen Freiw. Feuerwehr, es brannte das Fabrikgebäude der Firma Reitz u. Schürmann hierselbst. Das Feuer hatte seinen Ursprung in der Luckiererei auf jedoch ungeklärte Weise gefunden. Durch die dort lagernden feuergefährlichen Stoffe fand das Feuer reiche Nahrung, sodaß der Dachstuhl ebenfalls zum Teil verbrannte. Der rasch herbeigeeilten Feuerwehr gelang es, den Feuerherd alsbald einzudämmen, sodaß nur ein kleiner Teil des Fabrikgebäudes zerstört worden ist. Der Betrieb erleidet keine Störung.

Hagen, 29. März. Das Elektrizitätswerk „Mark" ist gezwungen, wenn es seiner Aufgabe, Industrie und Landwirtschaft der angeschlossenen Stadt- und Landkreise ausreichend mit Licht und Kraftstrom zu versehen, seine Anlagen erheblich zu vergrößern. Der Plan, ein weiteres Kraftwerk zu errichten, ist aufgegeben worden, und zwar wegen der ungeheueren Kosten. Es kann sich daher nur um den Ausbau der bestehenden Anlagen handeln. Hierzu sind, um das dringendste Bedürfnis zu befriedigen, 23 Millionen Mark erforderlich. Die Stadt Hagen ist mit 1,62 Millionen an dem Elektrizitätswerk „Mark" bisher beteiligt gewesen. Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die Beteiligung der Stadt auf 2,43 Millionen Mark zu erhöhen.

Hagen, 30. März. Der Hamsterverkehr hat in der Hagener Gegend und wohl auch anderswo in diesen Tagen einen Umfang angenommen, wie er in den schlimmsten Hungertagen der Kriegszeit nicht zu beobachten war. Die Landstraßen zeigen das Bild einer wahren Völkerwanderung. Am Hagener Hauptbahnhof kehren mit jedem Zuge Scharen bepackter Hamster heim, zu einem großen Teile von Kindern mit Handkarren empfangen, die dort täglich zu Hunderten vorfahren.

Dortmund, 29. März. Rektor W. Tittel von hier wurde in das Schuldezernat der Arnsberger Regierung berufen.

Gelsenkirchen, 30. März. Die Einzahlungen bei der hiesigen städtischen Sparkasse sind im Februar ds. Js. der Zahl und dem Betrage nach fast um die Hälfte gegen den Vormonat zurückgegangen. Der Betrag aller Einleger-Guthaben ist von 69 775 003 auf 68 546 649 Mark gesunken. Im Leihhaus trat eine Steigerung des Verkehrs ein. Dabei wurde die Beobachtung gemacht, daß, wohl hauptsächlich infolge der Teuerung, jetzt Kreise der Bürgerschaft die Einrichtung des Pfandhauses in Anspruch nehmen, die früher keinen Gebrauch davon machten. — Die Einwohnerzahl betrug am 1. Februar 176 725 (1. Februar 1919: 162 879).

Gelsenkirchen, 30. März. Die Gewerbebank G. m. b. H. hatte im verflossenen Jahre einen Umsatz von 79 685 977 Mk. (im Vorjahre 24 835 795 Mark), der Reingewinn betrug 26 503 Mark. Die Garantiemittel sind auf 731 804 Mark gestiegen. Die Mitgliederzahl ist um 76 auf 567 gestiegen. 6 Prozent Dividende werden verteilt. Durch Beschluß der Generalversammlung wurde der Geschäftsanteil von 200 auf 300 Mk. erhöht. Die Gewerbebank blickt auf ein 24jähriges Bestehen zurück.

Röhlinghausen, 30. März. Bei der am 24. und 25. d. Mts. vorgenommenen Betriebsrätewahl der Zeche Königsgrube wählten von den Arbeitern 1335. Es wurden gewählt: 5 Unionisten, 3 Polen, 3 alter Verband. Von den Angestellten war nur eine Liste eingereicht, und zwar die der „Afa", die Vertreter dieser Liste sind somit gewählt.

Witten, 30. März. Ein Gerücht von einer Greueltat der Reichwehrtruppen bei Marl durchlief am Freitag den Industriebezirk. Nach diesem sollten 27 Rotgardisten im Marler Gefechtsabschnitt von Regierungstruppen verstümmelt worden sein. Der Wittener Vollzugsrat entsandte eine Kommission nach Marl, bestehend aus Vertretern der Unabhängigen, der Demokraten und des Zentrums, um die Wahrheit festzustellen. Gleich bei der Ankunft der Kommission in Marl erfuhren sie von dem Oberkommandierenden der Rotgardisten dieses Gefechtsabschnittes, daß man nur 2 Tote habe. Die Kommission stellte fest, daß die Körper dieser Toten nur reguläre Kampfwunden hatten.

Geseke, 30. März. Ein in einem Güterzug laufender mit Rauhfutter zu hoch beladener Wagen riß hier eine über das Gleis führende Brücke mit sich. Ein auf der Brücke stehender Arbeiter wurde mit herabgeschleudert und mit zerschmettertem Schädel tot aufgefunden.

Münster, 30. März. 9½ Zentner Butter gestohlen hatte mit mehreren anderen Täter zusammen der Metzger Joh. Meißner, der deshalb am 22. November vor. Js. vom Landgericht Münster wegen Einbruchdiebstahls zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Mit den entflohenen Mittätern war er in der Nacht zum 30. März in das Versandamt der Lebensmittelstelle am Hafen zu Münster eingebrochen und hatte dort 19 Faß Butter mit je 50 Pfund beiseite gestellt, um sie auf einen Wagen zu laden und fortzufahren. Ehe dies geschehen konnte, erschien jedoch die Polizei und nahm den Angeklagten fest, während die anderen entkamen. Die vom Angeklagten gegen das Urteil eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht in Leipzig als unbegründet verworfen. Ferner wurde verworfen die Revision des früheren Bäckers und jetzigen Arbeiters Friedrich Hüntemeyer aus Metten bei Ibbenbüren, der am 26. November vor. Js. vom Schwurgericht Münster wegen schweren Raubes in 2 Fällen zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist.

Recklinghausen, 30. März. In gemeinsamer Sitzung der Amtsversammlung und der drei Gemeindevertretungen wurde über die Frage: Aktionsausschuß oder Vollzugsausschuß Stellung genommen. Ein provisorischer Vollzugsrat von 6 Mitgliedern hat sich für den Amtsbezirk am 22. März gebildet, der innerhalb acht Tagen sich endgültig konstituieren sollte und verlangte, daß der Aktionsausschuß, der gelegentlich der Kapp-Revolution gebildet worden war, außer Tätigkeit gesetzt würde. Nach längerer Aussprache wurde dem Antrag Wunderlich (Ztr.) zugestimmt, in Anbetracht der ungeklärten Lage die Amts- und Gemeindevertretungen in Permanenz, natürlich durch Vertreter, tagen zu lassen. Der damit überflüssig gewordene Aktionsausschuß wurde als aufgelöst erklärt.

Bottrop, 30. März. Die Stadt Bottrop will das Beispiel der anderen Städte, die Brotration zu verringern, nicht nachahmen, sie mischt vielmehr die vorhandenen Brotmehlmengen mit teurem Auslandsmehl und gibt bis auf weiteres wöchentlich 4 Pfund Brot aus. Ein sechspfündiges Kriegsbrot kostet dann allerdings 6 Mark.

Letzte Nachrichten.

Das Verfahren gegen die Kapp-Verbrecher.

TU **Berlin,** 29. März. Nach einer Mitteilung des Oberreichsanwalts ist Unterstaatssekretär a. D. v. Falckenhausen, der unter der Regierung Kapp-Lüttwitz Chef der Reichskanzlei war, in Brandenburg verhaftet und dort gerichtlich vernommen worden. Er wurde am 27. d. Mts. nach Leipzig gebracht und wird dort vom Untersuchungsrichter vernommen werden. Die Vermögensbeschlagnahme der Kapp und Genossen ist am 27. ds. Mts. vom Strafsenat des Reichsgerichts beschlossen worden. Wegen der Kieler Vorgänge ist die Voruntersuchung gegen Admiral a. D. v. Levetzow, Major a. D. v. Winterfeld, Oberbürgermeister Lindemann, Regierungspräsident Pauli-Schleswig und Landrat Freiherr von Löw ausgedehnt worden. Herr v. Levetzow ist verhaftet, Pauli befindet sich in Schutzhaft, die anderen sind flüchtig. Die Steckbriefe sollen in der Presse und an den Anschlagsäulen veröffentlicht werden.

Das Tabaksteuergesetz.

TU **Berlin,** 29. März. Entgegen allen Meldungen wird amtlich darauf hingewiesen, daß das Tabaksteuergesetz am 1. April in Kraft tritt.

Neuwahlen zum Reichstage am 30. Mai.

TU **Frankfurt (Main),** 29. März. Wie der Stuttgarter Korrespondent der „Frankf. Ztg." erfährt, werden die Wahlen zum Reichstage voraussichtlich am 30 Mai stattfinden. Es wird angestrebt, auch die Wahlen zum württembergischen Landtage auf diesen Tag zu verlegen.

Rücktritt des Generals Maercker.

TU **Dresden,** 29. März. General Maercker, Kommandeur des Wehrkreises 4, hat seinen Abschied eingereicht.

Staatliche Fürsorgestelle für Gutsbeamte.

Berlin. Infolge Überganas der Güter der Ansiedlungskommission für Posen und Westpreußen in polnische Verwaltung sind viele bewährte landwirtschaftliche Beamte (Oberverwalter, Gutsverwalter, Wirtschafter, Assistenten, Rechnungsführer u. a.) stellungslos geworden. Ein Teil dieser Beamten besitzt reiche Erfahrungen auf dem Gebiete des Siedlungs- und Genossenschaftswesens. Gutsbesitzern und Siedlungsgesellschaften ist dadurch Gelegenheit gegeben, zuverlässige und tüchtige Beamte zu gewinnen. Nähere Auskunft erteilt die staatliche Fürsorgestelle für Ansiedler und Gutsbeamte der Ansiedlungskommission in Berlin.

Deutsch-französischer Warenaustausch.

Paris. Im Bericht der Generaldirektion der französischen Zollverwaltung erscheint seit dem Jahre 1914 zum erstenmal wieder Deutschland. Der Wert der Waren, die Frankreich im letzten Jahre in Frankreich gekauft hat, beläuft sich auf 590 695 000 Frank. Davon wurden gekauft im besetzten Rheinland für 206 894 000 Frank und im übrigen Deutschland für 383 802 000 Frank. Frankreich hat verkauft an Deutschland für 1 283 938 000 Frank, wovon auf das Rheinland entfallen 973 218 000 Frank. Es handelt sich um Baumwollgewebe, Seidenwaren, Wollwaren, Wäsche, Kleider, Erze, Leder, Schokolade, Wein und Kognak. An Kohlen wurden von Deutschland eingeführt für 407 446 000 Frank.

Französische Rüstungen gegen Deutschland.

Paris. Der französische Kriegsminister hat durch eine geheime Verfügung die Reserveoffiziere wieder einberufen. Er will neben den im besetzten Gebiet stehenden Truppen noch eine Reservearmee gegen Deutschland für alle Fälle schaffen.

Kapp in Dänemark.

Kopenhagen. Wie die hiesigen Zeitungen melden, sind Kapp und v. Falkenhausen als Flüchtlinge auf dänischem Boden eingetroffen.

Zulassung Deutschlands zum Völkerbund.

Rotterdam. Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian" meldet, die Tatsache, daß deutsche Vertreter an den Verhandlungen des Internationalen Arbeiterrates teilgenommen hätten, gebe der Frage der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund eine neue Bedeutung. Es sei bekannt, daß im Sekretariat des Völkerbundes, hauptsächlich in der britischen Abteilung, große Neigung bestehe, Deutschland so bald wie möglich zum Völkerbund zuzulassen.

Sturmzeichen in der Türkei.

Amsterdam. Über die Erhebung Tayers im Wilajet Adrianopel erfährt man: Tayer ist der Kommandant von Adrianopel, der sich nach der Besetzung Konstantinopels durch die Alliierten für unabhängig erklärt hat. Zugleich hat er bekanntgegeben, daß die englischen Offiziere, die in seine Hände fallen sollten, zu Kriegsgefangenen gemacht würden. Nach den Erklärungen Tayers hat Mustapha Kemal-Pascha in Kleinasien dieselben Maßnahmen ergriffen.

Verschiedene Meldungen.

Amsterdam. Nach „Telegraaf" erklärte Lloyd George in seiner Unterhausrede noch, er hoffe, Frankreich werde die Verantwortlichkeit für Armenien übernehmen.

Konstantinopel. Der Militärgouverneur von Konstantinopel, Ali Said Pascha, wurde von dem englischen Militär verhaftet.

Berlin. Der Berliner Magistrat hat beschlossen, die Opfer der letzten Straßenkämpfe auf städtische Kosten beisetzen zu lassen. Nähere Bestimmungen über Form und Zeit der Bestattung sind noch nicht getroffen.

Der Wettlauf der Glücksucher.

Freigabe einer Indianerreservation.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika verfügen noch immer über Millionen Hektare Land, die nicht erschlossen sind. Bis vor einigen Jahren wurden riesige Domänen ohne Rücksicht auf die Bodenschätze für einen Pappenstiel verschleudert, so daß sich zahlreiche unternehmungslustige Privatpersonen in kurzer Zeit auf Kosten des Staates in vollkommen einwandfreier Weise bereichern konnten. Als Reaktion gegen diese Praxis, durch die unermeßliche Schätze, die dem Gemeinwohl dienen sollten, verschenkt wurden, entstand die sogenannte „Konservationsbewegung", die das Ergebnis hatte, daß der größte Teil des öffentlichen Grundes der weiteren Verteilung entzogen wurde.

Hie und da, wenn auch selten, öffnet die Regierung aber doch noch kleinere Landstriche der Privatinitiative. Obwohl die Bedingungen, unter denen man jetzt solches Land in Besitz nehmen darf, strenger sind als in der Vergangenheit, geht es in derartigen Fällen noch stets ziemlich „wildwestmäßig" zu. So wurden kürzlich im Staate Arizona nicht weniger als 180 000 Acres freigegeben. Das betreffende Gebiet war eine sogenannte Indianerreservation, d. h. ein Gebiet, das bisher einzelnen Indianerstämmen ausschließlich zugewiesen war. Die Regierung wies den Indianern keineswegs andere Wohnplätze an, denn sie steht auf dem Standpunkt, daß niemand die Indianer aus ihren Reservationen verjagen darf, zumal sich in jener Gegend noch weite unbewohnte Flächen vorfinden, wo die „Blaßgesichter" sich niederlassen können. Mit freundlichen Blicken werden die Indianer die weiße Invasion nicht betrachten, aber was können sie schließlich tun, selbst wenn sich die „weißen Brüder" nicht um den Standpunkt der Regierung kümmern und die alten Ansiedler brutal vertreiben?

Während früher jeder, der sich an einer Stelle ansiedelte, über alles gebot, was sich über und unter seinem Grunde befand, erlaubte die amerikanische Regierung jetzt nur die Hebung der Metallschätze des Bodens, nicht aber die Gewinnung von Steinkohle und Petroleum. Nichtsdestoweniger gaben bei der Eröffnung des Bodens viele, die sich ein Stück Grund durch die Aufrichtung eines Zaunes aneigneten, offen der Absicht Ausdruck, Petroleum und Kohle zu suchen und auf dem erworbenen Fleckchen Erde so lange zu warten, bis die Regierung der Ausbeutung des Bodens zustimmen würde.

Der Einzug in ein eröffnetes Gebiet hat immer einen malerischen Anstrich. Schon einige Wochen vor der Erschließung der Indianerreservationen hatten sich auf der Grenzlinie ungefähr 5000 Personen versammelt, die nach den vermuteten Kupfer- und Edelmetallschätzen fieberten. Die Glücksucher hatten drei Städte als Basis auserkoren, Holbrook, Gallupp und Globe, und stellten sich dort nach einer Reise von Hunderten von Meilen mit gesattelten Mauleseln auf. Es befanden sich unter den Abenteurern zahlreiche Bergwerksingenieure (ein Ingenieur und ein Professor sind in den Vereinigten Staaten nicht immer dasselbe, was man darunter in dem unmodernen Europa versteht), die aus dem Westen kamen. Wenn man die Gestalten betrachtete, die sich da einfanden, (so berichtet eine Newyorker Zeitung), so wurde man die Befürchtung nicht los, daß die Besiedlung des Landes zu blutigen Kämpfen führen werde, nicht mit den Indianern, sondern zwischen den wetteifernden Weißen. Kein einziger Weißer ging unbewaffnet. Die Mehrzahl zog auf die „Bärenjagd" aus, das heißt: man war reichlich mit Gewehren und Revolvern versehen. Mehrere hundert Kuh- und Schafhirten hatten ihre Hürden und Herden im Stich gelassen, und zahlreiche Leute mit einem festen Beruf haben ihre Stellungen aufgegeben, um wenigstens einige Zeit in dem Indianerland zuzubringen. Selbst einer der drei in Holbrook ansässigen Advokaten befand sich unter den Abenteuerlustigen, und wichtige Prozeßangelegenheiten werden bis zu seiner Rückkehr liegen bleiben müssen. Zurück kehren nämlich die meisten der Glücksucher, wenn ihre allzu kühnen Pläne gescheitert sind. Mehrere Wildwestgestalten veranlaßten die erfahrenen Einwohner von Holbrook zu der Prophezeiung, daß in den eröffneten Reservationen „viele Gräber entstehen" werden. Man glaubt, daß schon in kurzem zahlreiche Freibeuter aus dem Abenteurerheer zurückströmen und Geschichten von getäuschten Hoffnungen erzählen dürften. Es ist aber auch möglich, daß Gerüchte über die Entdeckung eines reichen Edelmetallagers die Runde machen werden. Bereits vor dem Tage der Freigabe des Territoriums erzählte man sich, daß sich im Apachengebiet irgendwo eine fabelhaft ergiebige Kupfermine befinde, und als am bestimmten Tage punkt zwölf Uhr mittags das Riesengebiet den Abenteurern geöffnet wurde, begann sofort ein wahres Wettrennen in der Richtung der Mine.

Aus dem Gerichtssaal

§ **Strenge Bestrafung eines Schleichhändlers.** Das Wuchergericht in Kassel verurteilte den Landwirt Kuhnhenn wegen fortgesetzten Schleichhandels mit Fleisch und Butter nach Frankfurt a. M. zu einem Jahr Gefängnis, 10000 Mark Geldstrafe und drei Jahren Ehrverlust.

§ **Eine Dorten-Sensation vor Gericht.** Vor zwei Monaten war von Wiesbaden aus eine Meldung verbreitet worden, nach der Wiesbadener höhere Polizeibeamte im Auftrage der preußischen Staatsregierung einen Kommunisten namens Rieth gedungen haben sollten, um Dr. Dorten und seine Mitarbeiter aus dem Wege zu schaffen. Die Angelegenheit führte zu einer Gerichtsverhandlung vor dem französischen Kriegsgericht in Mainz. Das Kriegsgericht verurteilte die beiden Wiesbadener Polizeikommissare Kärsten und Sahlkar zu je einem Jahre Gefängnis, sprach jedoch den Wiesbadener Polizeidirektor Dr. Thon frei. Der als Kronzeuge dienende Unabhängige Johann Rieth, bei dem bei seiner Festnahme ein Fläschchen Gift gefunden worden war, erhielt wegen verbotenen Waffentragens ein halbes Jahr Gefängnis.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.



Das Menschenherz erdenkt sich seinen Weg
aber der Herr allein gibt dass er fortgehe.
Spr. Salomo 16, Vers 9.

Heute morgen 5½ Uhr holte der Herr unsere innigstgeliebte Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester, Schwiegerin und Tante

Ww. Carl Schmidt

Lina geb. **Voswinkel**

heim in die himmlische Heimat.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Dörscheln b. Rönsahl, Halver, Wetter, Lüdenscheid, Hamm, den 29. März 1920.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. April, nachm. 4 Uhr statt.
Kranzspenden waren nicht im Sinne der Entschlafenen.

Danksagung.

Für die überaus vielen Beweise der Liebe und Teilnahme, welche uns anläßlich des Hinscheidens unserer lieben Entschlafenen entgegengebracht wurden, sowie für die zahlreichen Kranzspenden und das Grabgeleit sagen wir allen unseren herzlichsten, aufrichtigsten Dank.

Halver, den 29. März 1920.

Adolf Welter.
Fritz Welter.

Amt Halver.

Kondensierte Milch.

Warenkarte: 48 weiß, (Speisefettmarke)
Verkaufszeit: 31. März bis 7. April 1920.
Verkaufsplan:

a) Gemeinde Halver:

801—1200 u. 1901—2400 Eugen Wellershaus, Halver
1401—1540 Max Laisle, Oberbrügge
1541—1600 Ww. Otto Hager, Ehringhausen
1801—1900 Rud. Johann, Carthausen.

b) Gemeinde Schalksmühle:

401—620 Gustav Krampe, Schalksmühle

Kunden der Konsumvereine kaufen dort, wo sie eingetragen sind.

Auf 1 und 2 Einheiten entfällt 1 Dose Magermilch, auf 3 Einheiten 1 Dose Vollmilch usw.

Preise: Vollmilch 4,50 Mk. je Dose,
gezuckerte Magermilch 3,40 Mk. je Dose,
ungezuckerte „ 2,30 Mk. je Dose.

Speisefett-Ausgabe.

Die Speisefettausgabe erfolgt am **Donnerstag und Samstag dieser Woche** in den Speisefettverkaufsstellen in der sonst üblichen Reihenfolge.

Da Oel mit zur Ausgabe gelangt, sind Gefäße mitzubringen.

Halver, den 30. März 1920.

Der Amtmann.

M.-G.-V. „Germania", Hohenplanken.

Dirigent:
Herr Walter Hageböcker, Radevormwald.

Am 2. Ostertage 1920, nachm. punkt 4 Uhr im Lokale des Herrn Emil Schulte, Ennepe

grosses Frühlings-Fest.

Ausführende:

Frl. Milli Sulzbacher, (Alt) Barmen,
Frl. Hildegard Paulig (Klavier) Rade,
Herr Walter Hageböcker (Tenor) Rade,
M.-G.-V. „Germania", Hohenplanken.

Eintritt z. Konzert: Vorverkauf b. d. Mitgl. 3,— Mk.
an der Kasse 4,— Mk.

Anschließend Ball.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

Bürhausen b. Rönsahl.

Am Montag, den 5. April 1920, (2. Ostertag) nachmittags 5 Uhr findet im Lokale des Herrn Th. Crummenerl zu Bürhausen

großes

Theater u. Konzert

mit nachfolgendem Ball

statt.

Die Musik wird ausgeführt von der Schriever'schen Kapelle, Kierspe-Bhf.

Zu recht zahlreichem Besuch laden freundlichst ein

Die Veranstalter.

Tapeten

in allen Preislagen

empfiehlt

Carl Baukloh,

Kierspe-Bhf.

Butterbrotpapier

in Rollen empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver i. W.

Amt Kierspe.

In der Gemeinde Kierspe wird eine Nachsteuer von 100% Zuschlag zu den Personal- und Realsteuern und in der Gemeinde Rönsahl eine weitere Nachsteuer von 50% Zuschlag zu den Personal- und Realsteuern als Gemeindesteuer zur Deckung der weiteren im Rechnungsjahr 1919 entstandene Kosten erhoben.

Kierspe, den 27. März 1920.

Der Amtmann: Hiltebrandt.
Die Gemeindevorsteher: Reppel. Müller.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt

Fallhammerschmiede, Hammerführer und Platzarbeiter

für dauernde lohnende Beschäftigung.

Dresbach & Cie., Halver.

2 jugendliche Arbeiter

im Alter von 16—18 Jahren für lohnende Beschäftigung gesucht.

J. & A. Voswinkel, Grünenbaum i. W.

Maler- und Anstreicher-Lehrling

auf sofort gesucht.

Aug. Brocke, Schalksmühle
Telefon Nr. 187.

Nähgarn, Zwirn, Twist, Nähseide, Häkelgarn, sowie Strickwolle, Gummihosenträger, Schnürriemen

alles in Friedensqualität offeriert.

A. Benninghaus, Rönsahl.
Telefon 144.

Inserate

für die

Samstag-Ausgabe

müssen bis spätestens

Donnerstag nachm. 4 Uhr

aufgegeben werden.

Die Geschäftsstelle.

Die Beleidigung, die ich gegen Fräulein Elsr. Held ausgesprochen, nehme ich als unwahr zurück.

Sophie Hinnenberg.

Tanzschule.

Am Freitag, den 3. k. M. beginnend, werde ich im Lokale des Herrn **Schröder am Eck zu Oeckinghausen** und **am Samstag, den 10. k. M. beginnend,** im **„Hause zur Fuhr", Halver** je einen

Kursus für Rund- und Gesellschaftstänze

unter **Berücksichtigung der modernen Tänze** eröffnen.

Unterrichtsstunden:

für Kinder von 4½—6½ Uhr nachmittags, für Erwachsene von 7½—10 Uhr abends.

Um rege Beteiligung ersucht

Fr. Kattwinkel,

Mitgl. des Bundes deutscher Tanzlehrer.

Die früheren Schüler sind hiermit freundlichst eingeladen.

Konfirmationsscheine

nahmt ein

Carl Voswinkel
Kierspe-Bahnhof.

Das Betriebsrätegesetz

nebst Erklärungen
von Dr. jr. Reichenbach
— Mk. 1.30 —
vorrätig.

Wilh. Bell jr., Halver.

Pfeifen, Mutzen, Zigarren- und Zigarettenspitzen, Spazierstöcke

in großer Auswahl

empfiehlt

Fritz Herm. Bohmer,
Schalksmühle.

Heute erhielt eine große Auswahl



Schweine.

A. Kerspe, Halver.